

Worum es bei einem JA am 26. November zum Gesetz „Faire Kinderzulagen“ geht:

- 200 Franken für die Kinder und die Familien
- 250 Franken für eine gut ausgebildete Jugend
- Eine ganze Zulage auch bei Teilzeitarbeit

Gerade für Familien mit mittleren und tieferen Einkommen sind Kinderzulagen ein wichtiger Beitrag zum Familienhaushalt. Die Familien haben diese Anerkennung verdient, damit Kinder kein Armutsrisiko sind. Das neue Gesetz zu fairen Kinderzulagen ist eine vernünftige Lösung mit bescheidenen Kosten. Für die Volksabstimmung braucht es jetzt den Einsatz aller, damit die fairen Kinderzulagen endlich zu den Eltern und Kindern kommen: Mit einem klaren JA am 26. November 2006, denn:

1. Die meisten Kinder leben in Familien mit mittlerem oder tiefem Einkommen. Gerade für diese Familien sind Kinderzulagen das Richtige, um das Familienbudget ins Lot zu bringen und die Familien zu stärken.
2. Kinderzulagen sind an den Arbeits- und nicht an den Wohnort gebunden. Dadurch entsteht Ungerechtigkeit, weil jeder Kanton ein anderes Familienzulagen-Gesetz hat.
3. Immer mehr Menschen arbeiten heute auch Teilzeit, gerade wenn und weil sie Kinder haben. Diese Arbeitnehmenden erhielten bis jetzt je nach Kanton und Anstellungsverhältnis nur gekürzte Familienzulagen, obwohl ihre Kinder deswegen doch nicht weniger Kosten verursachen.
4. Kinder von Selbständigerwerbenden werden die Zulage auch nach einem Ja am 26. November nicht erhalten - Landwirte und SozialhilfebezügerInnen ausgenommen - was ein Wermutstropfen ist, ein Ja ist dennoch erforderlich.
5. Das Stimmvolk hat zu einer besseren Koordination des Schulwesens sehr deutlich ja gesagt, genauso wird es auch dem neuen Familienzulagen-Gesetz zustimmen.

Kinderhaben ist – abgesehen vom Entscheid – nicht nur Privatsache. Auch die Historikerin Regina Wecker bestätigt, dass der Staat nirgends so stark eingreift wie bei Kindern: Er regelt die Schulpflicht, die Unterhaltspflicht und legt fest, was als „Kindwohl“ zu verstehen ist, und dies zu Recht, weil sich Kinder nicht wehren können.

Ein Drittel der Schweizer Familien befindet sich jedoch nur knapp über dem Existenzminimum. Für Strassen und für Landwirtschaft gibt es ein Bundesamt, nicht jedoch für Familien.

Familienarmut ruft nach einer verbesserten Familienpolitik und dementsprechender Familienförderung. Kinder kosten mindestens 1400 Franken im Monat; Einzelkinder 1800 Franken. Und mit dem Nachwuchs sinkt in der Regel gleichzeitig das Haushaltseinkommen, da ein Elternteil den Job reduziert oder aufgibt. Es braucht die Unterstützung des Staates, damit kein Paar sich aus finanziellen Gründen gegen Kinder entscheiden muss. Die kantonal geregelten Familienzulagen schwanken derzeit zwischen 154 und 344 Franken pro Kind und Monat.

Auch die Steuerabzüge sind kein geeignetes Instrument der Familienpolitik, da jene, die es am nötigsten hätten, weniger davon profitieren als die Gut- und Mittelverdiener. Wohl ist die Alimentenbevorschussung ein wichtiger Pfeiler der Armutsprävention für allein erziehende Mütter. Doch auch dies ist von Kanton zu Kanton sehr verschieden geregelt.

Ergänzungsleistungen für arme Familien ist das Instrumentarium mit der weitaus grössten armutsmindernden Wirkung. Krippenplätze sind noch zu wenig subventioniert und daher für manche Familien so teuer, dass sich die zusätzliche Erwerbstätigkeit nicht einrichten lässt.

Den Grossteil des Hütedienstes leisten heute immer noch die Grosis. Würden morgen alle Grossmütter streiken, hätte die Schweiz ein Problem.

Ich stimme mit der Aussage von Regina Wecker (Professorin für Frauen- und Geschlechtergeschichte an der Uni Basel) überein: Eine Gesellschaft ohne Kinder, die sich nur um sich selber dreht, verliert die Lebendigkeit und die Zukunftsperspektiven.

Die UGS Linth ruft deshalb alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu einem Ja zum Gesetz „Faire Kinderzulagen“ auf. Eine lebendige Kinderwelt wird`s empfangen.

Silvia Kündig-Schlumpf KR UGS / Grüne